

Elemente des Handelsrechts kennen

Software und Hardware als wesentliche Bestandteile von Informationssystemen sind bei kaufmännischen Tätigkeiten von Informatikerinnen und Informatikern einzeln oder im Zusammenhang mit Dienstleistungen Handelswaren.

Auf welcher rechtlichen Grundlage der Handel erfolgt, regelt das Handelsrecht.

Zur Sicherstellung der Handlungskompetenz auch auf dieser rechtlichen Grundlage vermittelt deshalb das vorliegende Lernmodul

- einen Einblick in die Rechtsgrundlagen des Handelsrechts,
- einen Überblick über die Definition und Struktur kaufmännischen Handelns,
- Kenntnisse über Grundzüge der Gesellschaftsformen des Privatrechts und
- einen Überblick über wesentliche Elemente allgemeiner Regeln in Handelsgeschäften.

Alle notwendigen Informationen und Arbeitsunterlagen sind in diesem Lernmodul enthalten.

Dieses Lernmodul ist im häuslichen Studium zu erarbeiten.

Der benötigte Zeitaufwand liegt bei ca. 10 Stunden.

Zusätzlich findet im Begleitunterricht 1 Stunde Festigung und Vertiefung fachspezifischer und fächerübergreifender Zusammenhänge statt.

LERNMODUL 5

Ziele

Ausgangssituation

Planung

Fallbeispiel**Handelsrecht**

K betreibt ein Großunternehmen für Computerzubehör. Im Erdgeschoss des Firmengebäudes befindet sich ein kleiner Verkaufsraum und die Lagerräume.

Vereinzelt werden dort auch Verkäufe an Privatkunden vorgenommen. Diese Geschäfte wurden bisher über den Angestellten A abgewickelt, der hauptsächlich als Großhandelssachbearbeiter tätig war und sein Büro im obersten Geschoss hatte.

Die Abwicklung geschah in der Regel so, dass auf dem von A ausgestellten Lieferschein ein Vermerk für den Barverkauf angebracht wurde und der Kunde mit diesem Lieferschein zur Kasse ging und bezahlte. Die Kasse befand sich in einem Raum hinter der Telefonzentrale.

Anschließend erhielt der Kunde im Verkaufsraum das ausgesuchte Gerät. Abweichend von diesem normalen Verlauf nahm A, ohne Geldempfangsvollmacht zu besitzen, in einigen Fällen auch das Geld bei den Kunden entgegen, das er dann an der Kasse ablieferte.

Eines Tages kaufte B von A in den Geschäftsräumen des K einen Scanner für 500,- €. Den Kaufpreis zahlte er bar an A. Eine Quittung oder Rechnung erhielt B nicht, wohl aber stellte A einen Lieferschein auf B aus.

A behielt diesmal das Geld für sich. Als K davon erfährt, verlangt er von B erneute Zahlung des Kaufpreises.

Inhaltsverzeichnis

1 Rechtsgrundlagen des Handelsrechts	4
1.1 Handelsrecht als Sonderprivatrecht	4
1.2 Gegenstand des Handelsrechts	4
1.3 Rechtsquellen des Handelsrechts	4
2 Handelsstand	6
2.1 Kaufmann	6
2.1.1 Definition	6
2.1.2 Sonderregelungen	7
2.1.3 Formkaufleute	7
2.1.4 Scheinkaufmann	7
2.2 Handelsfirma	8
2.2.1 Begriff und Bedeutung	8
2.2.2 Grundsätze der Firmenbildung	8
2.2.3 Schutz der Firma	9
2.2.4 Inhaberwechsel und Firmenfortführung	9
2.3 Vertretung des Kaufmanns	10
2.3.1 Handelsrechtliche Vertretung	10
2.3.2 Prokura	10
2.3.3 Handlungsvollmacht	11
2.3.4 Vertretung von Ladenangestellten	11
2.4 Selbstständige Hilfspersonen des Kaufmanns	12
2.4.1 Handelsvertreter	12
2.4.2 Handelsmakler	12
2.5 Handelsregister	13
2.6 Allgemeine Regeln für Handelsgeschäfte	14
2.6.1 Handelsgeschäft	14
2.6.2 Erwerb vom Nichtberechtigten	14
2.6.3 Kontokorrent	15
2.6.4 Zurückbehaltungsrecht (nur bei beiderseitigen Handelsgeschäften)	15
Lösungsanhang	18

Lernbereich**1 Rechtsgrundlagen des Handelsrechts****1.1 Handelsrecht als Sonderprivatrecht**

Handelsrecht ist das Sonderrecht der Kaufleute. Es gilt für alle privatrechtlichen Beziehungen, an denen Kaufleute beteiligt sind. Zwar sind Kaufleute Personen im Sinne des Bürgerlichen Rechts, dennoch werden sie besonders behandelt. Von reinen Privatleuten unterscheiden sie sich dadurch, dass sie erheblich am Wirtschaftsleben teilnehmen.

Das Sonderrecht der Kaufleute begründet sich aus den besonderen Anforderungen und Auflagen für einen reibungslosen und klaren Geschäftsverkehr im Wirtschaftsleben. Für den Kaufmann bietet das Handelsrecht zwar eine Reihe von Erleichterungen in den Beziehungen zu den Geschäftspartnern, es setzt aber auch strengere Maßstäbe an sein Verhalten.

Gründe für das Sonderrecht der Kaufleute:

- professionelle Geschäftsabwicklung
- Umfang und Komplexität der Geschäfte
- erhöhte Selbstverantwortlichkeit
- besondere Gepflogenheiten und Gebräuche
- Notwendigkeit von Rechtsklarheit und Vertrauensschutz
- klare Vertretungsbefugnisse
- Regelungen über Haftungsfragen

Aus diesen Gründen ergab sich die Notwendigkeit, für Kaufleute ein eigenes Gesetz, das Handelsgesetzbuch (HGB) zu schaffen. Ergänzt wird das HGB durch speziellere Gesetze.

1.2 Gegenstand des Handelsrechts

Die Vorschriften des Handelsrechts betreffen Sachverhalte, für die man an sich auch bereits im BGB Regelungen findet. Teils ergänzt das Handelsrecht diese, teils ersetzt es sie.

Seinem Gegenstand nach befasst sich das Handelsrecht zum einen mit Rechtsgeschäften, und zwar überwiegend mit schuldrechtlichen Rechtsgeschäften. Nur gelegentlich finden sich Vorschriften sachenrechtlicher Natur. Zum anderen befasst sich das Handelsrecht mit den kaufmännischen Unternehmen.

Das Handelsrecht im engeren Sinne enthält Regelungen, die alle Kaufleute betreffen, gleichgültig welcher Art (Einzelkaufmann oder Handelsgesellschaft) sie sind. Es geht hier um Rechtsgeschäfte des Kaufmanns, Sorgfaltspflichten und Gebräuche etc. sowie um die Bedeutung des Handelsregisters.

1.3 Rechtsquellen des Handelsrechts

Wichtigstes Gesetz ist das **Handelsgesetzbuch**.

Es besteht aus fünf Büchern.

Das erste Buch behandelt den Handelsstand.

Das zweite Buch des HGB behandelt das Recht der Handelsgesellschaften. Es hat sich zu einem eigenständigen Rechtsgebiet, nämlich dem Gesellschaftsrecht entwickelt. Dazu gehören weiter das Aktiengesetz, das Gesetz betreffend die Gesellschaften

ten mit beschränkter Haftung und das Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Das dritte Buch enthält Vorschriften über die Führung und den Umgang mit Handelsbüchern und das vierte Buch regelt das Recht der Handelsgeschäfte.

Das fünfte Buch betrifft das Seehandelsrecht.

Das Handelsrecht ist weiter in den **handelsrechtlichen Nebengesetzen** geregelt.

- Dazu gehören die Spezialgesetze, die bestimmte Materien des HGB verdrängen oder ergänzen. Dazu dürfte man in jedem Fall das Aktiengesetz rechnen dürfen. Früher wurden auch die Vorschriften über das Speditions- und Frachtgeschäft durch Spezialgesetze auf dem Gebiet des Verkehrswesens weitgehend verdrängt. Nähere Bestimmungen fanden sich auch in Rechtsverordnungen wie der Kraftverkehrsordnung für den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen und in der Verordnung über Orderlagerscheine. Allerdings regelte die Kraftverkehrsordnung (KVO) die Haftung der Transportunternehmen im innerdeutschen Straßengüterfernverkehr nur vor dem 01.07.1998. Mit dem Transportrechtsreformgesetz (TRG) ist die Unterscheidung zwischen Güternah- und Güterfernverkehr entfallen und machte die KVO überflüssig. Gleichzeitig wurde das HGB entsprechend angepasst. Ebenso wurde die Verordnung über Orderlagerscheine durch das TRG aufgehoben.
- Handelsrechtliche Nebengesetze sind außerdem die Gesetze, die handelsrechtliche Nebengebiete regeln. Dazu gehören die außerhalb des HGB befindlichen gesellschaftsrechtlichen Gesetze. Weitere wichtige Nebengesetze sind das Wechselgesetz und das Scheckgesetz.

Das **Gewohnheitsrecht**, das auf einem allgemeinen Rechtsgeltungswillen der Gemeinschaft beruht und sich durch dauernde Übung, vor allem in einem ständigen Gerichtsgebrauch, zeigt, ist objektives Recht. Es hat aber im Handelsrecht heute keine große Bedeutung. Wegen der spezialgesetzlichen Regelungen und zahlreicher Handelsbräuche besteht kein großes Bedürfnis zur Rechtsweiterentwicklung durch das Gewohnheitsrecht.

Handelsbräuche sind Verkehrssitten, die unter Kaufleuten gelten. Sie sind keine Rechtsnormen, auch kein Gewohnheitsrecht. Handelsbräuche spielen in der Praxis eine erhebliche Rolle. Sie sind bei der Auslegung und Ergänzung eines Geschäftes zu berücksichtigen. So ist unter Beachtung eines Handelsbrauchs z.B. zu klären, welche Bedeutung das Verhalten einer Partei und eine im Vertrag verwandte Klausel oder Abkürzung hat.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind als Gesamtheit für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierte Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei der anderen bei Abschluss eines Vertrages stellt. Sie sind keine Rechtsnormen, vielmehr beruht ihre Geltung immer auf rechtsgeschäftlicher Grundlage. Die AGB haben in der Praxis eine große Bedeutung. Bei Massenveträgen haben sie Rationalisierungsaufgaben. Vielfach bezwecken sie eine Risikobegrenzung.

Aufgabe 1

Welche Gründe und Erfordernisse führten zur Schaffung eines Sonderrechts für Kaufleute?

Aufgabe

Lernbereich**2 Handelsstand****2.1 Kaufmann****2.1.1 Definition**

Das HGB (Handelsgesetzbuch) erklärt in den §§ 1-6 HGB, wer Kaufmann ist. Dabei wird unterschieden zwischen Kaufleuten kraft gesetzlicher Vermutung (§ 1 Abs. 2 HGB) und Personen, die die Kaufmannseigenschaft erst durch Registereintragungen erlangen (§§ 2, 3 HGB). Zudem ist in § 5 HGB eine Vertrauensschutzbestimmung enthalten. Ebenso gelten bestimmte Rechtsformen als Kaufleute.

Gem. § 1 HGB ist Kaufmann, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Handelsgewerbe ist jeder Gewerbebetrieb, es sei denn, dass das Unternehmen nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert.

Istkaufmann, § 1 HGB

- Der Istkaufmann übt ein Gewerbe aus.
- Ob ein Unternehmen einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Gewerbebetrieb nicht erfordert, kann nur beurteilt werden, wenn klar ist, was einen solchen Gewerbebetrieb kennzeichnet.

Hierzu gehören vor allem die Buchführung und Bilanzierung, aber auch eine Ordnung der Vertretung und Haftung, welche eine ordnungsgemäße Geschäftsführung ermöglichen. Hinzu kommen die Vielfalt der Erzeugnisse und Leistungen, der durch den Umsatz bezifferbare Umfang der Geschäftsführung, die Zahl der Mitarbeiter sowie die Größe und Organisation des Betriebes. D.h. nicht jeder Gewerbetreibende ist zugleich Kaufmann i.S. des § 1 HGB.

Sinkt beispielsweise ein Unternehmen während des laufenden Geschäftsbetriebs zum Kleingewerbe herab, so liegt keine Kaufmannseigenschaft mehr vor. Allerdings muss der Kleingewerbetreibende die Löschung aus dem Handelsregister nicht unbedingt beantragen. Solange er im Handelsregister eingetragen bleibt, bleibt er auch Kaufmann.

Der Istkaufmann ist nach § 1 HGB zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Beispiel:

Der Computerhändler E vertreibt in zehn Filialen auf das ganze Stadtgebiet verteilt Computeranlagen und Zubehör. E ist ein klassischer Fall des Kaufmanns nach § 1 HGB. Als Händler kauft und verkauft er Computeranlagen und Zubehör mit der Absicht der Gewinnerzielung und betreibt daher ein Gewerbe.

Da sein Betrieb kaufmännische Einrichtungen erfordert, ist er auch unabhängig von seiner Eintragung ins Handelsregister Kaufmann nach § 1 Abs. 2 HGB. E ist somit kraft gesetzlicher Vermutung Kaufmann und muss nicht im Handelsregister eingetragen sein, um Kaufmann zu werden. Als Kaufmann hat er seine Firma aber im Handelsregister (klarstellend) einzutragen.

2.1.2 Sonderregelungen

§ 2 HGB ermöglicht es den Kleingewerbetreibenden, dies sind alle Gewerbetreibenden, die nicht schon nach § 1 Abs. 2 HGB ein Handelsgewerbe betreiben, durch Eintragung in das Handelsregister den Kaufmannsstatus zu erlangen. In diesem Fall erlangt der Unternehmer erst durch Eintragung in das Handelsregister die Kaufmannseigenschaft (Kannkaufmann).

Mit der Eintragung in das Handelsregister unterliegt der Kannkaufmann allen Vorschriften, die die Kaufmannseigenschaft voraussetzen. Ihn treffen die Pflicht zur Führung von Handelsbüchern und die Rügeobliegenheit bei mangelhaften Lieferungen. Andererseits ist er berechtigt, eine Firma zu führen und kann einen Prokuristen bestellen.

Der Kleingewerbetreibende ist Träger der Kaufmannseigenschaft, solange er im Handelsregister eingetragen ist. Auf seinen Antrag hin kann seine Firma aus dem Handelsregister gelöscht werden. Dies hat zur Folge, dass der Kleingewerbetreibende beliebig oft zwischen dem Status des Nichtkaufmanns und Kaufmanns wechseln kann.

2.1.3 Formkaufleute

Handelsgesellschaften werden nach § 6 Abs. 1 HGB wie Kaufleute behandelt.

Die GmbH, die Aktiengesellschaft und die eingetragene Genossenschaft sind demnach Formkaufleute, auch wenn sie weder ein kaufmännisches noch überhaupt ein Gewerbe betreiben.

Voraussetzung für die Anwendung der kaufmännischen Vorschriften ist lediglich ihre Existenz und damit die entsprechende Eintragung in das entsprechende Register.

2.1.4 Scheinkaufmann

Als Scheinkaufleute gelten diejenigen, die nach außen den Anschein erwecken, sie hätten die Kaufmannseigenschaft, die aber keine Kaufleute sind.

Scheinkaufleute sind auch diejenigen, die mit aufwändigen Briefköpfen oder Mietbüros vorgaukeln wollen, große Geschäftsleute zu sein, weil sie sich durch ihr Gehabe geschäftlichen Erfolg versprechen. Dasselbe gilt für den Anschein einer angeblich bestehenden Handelsgesellschaft (Scheingesellschaft).

Scheinkaufleute müssen sich wie Kaufleute behandeln lassen. Selbst können sie sich aber nicht auf die handelsrechtlichen Vorschriften berufen.

Beispiel:

Der Kleingewerbetreibende K betreibt einen kleinen Laden zum Verkauf von Druckerpatronen und ist nicht im Handelsregister eingetragen. Um sich im Geschäftsverkehr mehr Geltung zu verschaffen und billiger einkaufen zu können, tritt er nach außen als Großhändler auf.

K ist kein Kaufmann, da sein Unternehmen keinen kaufmännischen Geschäftsbetrieb erfordert. Er muss sich jedoch wie ein Kaufmann behandeln lassen, wenn er wie ein Kaufmann auftritt. Einen Prokuristen kann er beispielsweise aber nicht einstellen.

2.2 Handelsfirma

2.2.1 Begriff und Bedeutung

Die Firma ist der Handelsname des Kaufmanns, unter dem er seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt.

Die Firma ist nur der Name einer Person, also nicht selbst eine Person als Träger von Rechten und Pflichten. Der Einzelkaufmann hat also zwei Namen, nämlich seinen bürgerlichen Namen und den seiner Firma. Beide können identisch sein, aber auch voneinander abweichen.

Beispiel:

Max Müller betreibt unter der Firma Max Müller einen Großhandel. Max Müller stirbt und wird von seinem Neffen Norbert Neumann beerbt. Dieser führt das Unternehmen unter der Firma Max Müller fort.

Die Firma ist der Handelsname des Kaufmanns. Dieser soll seine Firma also nur im Handelsverkehr benutzen. Das ist allein für den Einzelkaufmann bedeutsam, da er zwei Namen führt. Außerhalb des Handelsverkehrs soll er seinen bürgerlichen Namen benutzen. Handelsgesellschaften haben nur einen Namen. Sie können immer nur mit ihrer Firma bezeichnet werden.

Beispiel:

Ins Grundbuch muss der Einzelkaufmann mit seinem bürgerlichen Namen eingetragen werden, selbst wenn es sich um ein Geschäftsgrundstück handelt. Eine Handelsgesellschaft wird dagegen unter ihrer Firma eingetragen.

2.2.2 Grundsätze der Firmenbildung

Bei der Gründung eines Unternehmens muss der Unternehmung ein Name gegeben werden. Wird ein Unternehmen von einem anderen erworben, kann der Name beibehalten werden (Fortführung der Firma).

Wird jedoch die Rechtsform des Unternehmens geändert, so muss sich dies auch im Namen der Firma niederschlagen. Dabei sind neben dem Grundsatz der Firmenwahrheit einige andere Prinzipien zu beachten.

Grundsätze der Firmen:

- **Firmenwahrheit**
Die Firma darf keine irreführenden Angaben über die geschäftlichen Verhältnisse machen, Einzelkaufmann § 18 Abs. 2 S. 1 HGB, Personengesellschaften zudem § 19 HGB, Kapitalgesellschaften § 4 GmbHG (Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesetz), § 4 AktG (Aktengesetz), Genossenschaft § 3 GenG (Genossenschaftsgesetz).
- **Firmeneinheit**
Grundsätzlich hat ein Unternehmen nur einen Namen, § 17 HGB.
- **Firmenunterscheidbarkeit**
Verwechslungen mit anderen Firmen müssen ausgeschlossen sein, § 30 HGB,
- **Firmenbeständigkeit**
Beibehaltung des Namens bei Veränderungen, §§ 21 ff HGB,
- **Firmenöffentlichkeit**
Eintragung der Firma in das Handelsregister, ebenso Veränderungen, §§ 29 ff HGB.

2.2.3 Schutz der Firma

Die zu Recht geführte Firma muss geschützt werden. Dies erfolgt durch eine Reihe von allgemeinen Vorschriften.

So ist zunächst schon der Name der Firma durch § 12 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) gesichert.

Die Firma wird im Rahmen eines eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs auch gem. § 823 BGB (Schadensersatzanspruch) oder § 1004 BGB (Unterlassungsanspruch) vor widerrechtlicher Verletzung geschützt. Im Falle der Verletzung des Gewerbebetriebes steht dem Gewerbetreibenden ein Schadensersatzanspruch zu.

Darüber hinaus wird ein spezieller Schutz über § 37 HGB gewährleistet. Nach § 37 Abs. 1 HGB ist derjenige, wer eine ihm nicht zustehende Firma gebraucht, vom Registergericht zur Unterlassung des Gebrauchs der Firma durch Festsetzung von Ordnungsgeld anzuhalten. Damit hat das Registergericht die Aufgabe und die Befugnis, gegen falsch firmierende Kaufleute und sogar Nichtkaufleute vorzugehen.

2.2.4 Inhaberwechsel und Firmenfortführung

Ein Inhaberwechsel und die damit verbundene Firmenfortführung können entweder durch rechtsgeschäftlichen bzw. erbrechtlichen Unternehmenserwerb erfolgen, oder durch Übernahme des Geschäfts auf Grund eines Nießbrauchs, eines Pachtvertrags oder eines ähnlichen Verhältnisses, § 22 HGB.

- **Unternehmenserwerb durch Rechtsgeschäft**

Erwirbt der neue Inhaber ein Unternehmen unter Fortführung die Firma durch ein Rechtsgeschäft, wird seine Haftung durch § 25 HGB begründet. Nach § 25 HGB haftet der Erwerber für alle im Betrieb des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des früheren Inhabers. Er haftet dabei mit seinem gesamten Vermögen, also sowohl Geschäfts- als auch Privatvermögen. Die Haftung kann jedoch durch eine Vereinbarung mit dem früheren Inhaber ausgeschlossen werden, wenn die Vereinbarung im Handelsregister eingetragen und bekannt gemacht worden ist. Die unmittelbare Mitteilung an den Dritten kann die Eintragung ersetzen.

- **Unternehmenserwerb kraft Erbfolge**

Erwirbt jemand ein Handelsgeschäft kraft Erbfolge, haftet er als Erbe des verstorbenen Kaufmanns für dessen Geschäftsschulden zum einen nach erbrechtlichen Vorschriften, zum anderen auch nach handelsrechtlichen Regeln. Nach den erbrechtlichen Regeln geht das gesamte Handelsgeschäft auf den Erben über.

Die handelsrechtliche Haftung des Erben für die Geschäftsschulden des Erblassers ist weit reichender als die erbrechtliche Haftung. Der Erbe haftet grundsätzlich bei Fortführung der Firma unbeschränkt mit seinem ganzen Vermögen. Der Erbe hat jedoch die Möglichkeit, diese unbeschränkte Haftung auszuschließen durch vollständige Änderung des Firmennamens, durch Ausschlagen der Erbschaft oder Einstellung des Geschäftsbetriebes. Ob die Eintragung eines Haftungsausschlusses im Handelsregister ausreichen kann, ist umstritten. Es ergibt sich nicht zwingend aus dem Gesetz.

- **Eintritt in das Geschäft des Einzelkaufmanns**

Neben dem kompletten Erwerb eines Unternehmens kraft Rechtsgeschäfts kann der Unternehmer sich einen Geschäftspartner suchen, der in den Betrieb als Teilhaber eintritt. Entsteht durch den Beitritt eines Teilhabers in das Geschäft eines Einzelkaufmanns eine OHG oder KG, so haftet diese fortan für die alten Verbindlichkeiten des früheren Geschäftsinhabers. Auf die Firmenfortführung kommt es nicht an.

2.3 Vertretung des Kaufmanns

2.3.1 Handelsrechtliche Vertretung

Die Aufgaben, die der Inhaber eines Handelsgeschäftes auf seine Vertreter übertragen kann, bedürfen einer mehr oder weniger weit reichenden Vertretungsmacht, d.h. Dritte müssen mit dem Vertreter des Kaufmanns Geschäfte genauso sicher und schnell abschließen können, wie mit dem Inhaber des Handelsgeschäfts selbst.

Die Vorschriften des BGB über die Vertretung sind auch für die speziellen Vorschriften im HGB grundlegend.

Vertretung ist rechtsgeschäftliches Handeln im fremden Namen mit unmittelbarer Wirkung für und gegen den Vertretenen.

Handelsrechtliche Vollmachten sind:

- die Prokura,
- die Handlungsvollmacht,
- und die Vertretungsmacht des Ladenangestellten.

2.3.2 Prokura

Die Prokura ist eine handelsrechtliche Vollmacht, also eine durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht. Prokura erteilen können nur Kaufleute. Prokurist kann nur eine natürliche, zumindest beschränkt geschäftsfähige Person sein. Die Erteilung der Prokura ist zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

Die Erteilung der Prokura entsprechend § 48 HGB erfolgt durch ausdrückliche (eindeutige und nicht stillschweigende), persönlich durch den Inhaber eines Handelsgeschäfts oder seinem gesetzlichen Vertreter gegebene **Erklärung** gegenüber dem Prokuristen oder Dritten oder der Öffentlichkeit.

Der Kaufmann gibt durch die Bestellung eines Prokuristen fast uneingeschränkt alle unternehmerischen Entscheidungen in die Hand des Prokuristen. Das Risiko trägt grundsätzlich der vertretene Kaufmann.

Der Prokurist ist zu Geschäften jeder Art ermächtigt, die der Betrieb eines Handelsgeschäfts mit sich bringt. Er darf Verträge schließen, Prozesse führen, Personal einstellen, Vollmachten erteilen, Kredite aufnehmen, Filialen einrichten oder schließen, Unternehmen und Beteiligungen erwerben.

Der Prokurist darf nicht das Handelsgeschäft einstellen oder veräußern, Gesellschafter aufnehmen oder Konkurs beantragen, sowie Grundstücke veräußern oder belasten.

Eine Prokura erlischt entsprechend § 52 HGB

- jederzeit formlos durch Widerruf gegenüber dem Prokuristen oder Dritten,
- bei Beendigung des zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses (z.B. Dienstvertrag),
- bei Einstellung oder Veräußerung des Handelsgeschäftes,
- bei Tod des Prokuristen, wegen ihrer Unübertragbarkeit und
- wenn der Prokurist zum Inhaber des Handelsgeschäftes wird.

Die Prokura erlischt nicht durch Löschung im Handelsregister.

Beispiel:

K hatte dem G gegenüber vor einem Jahr seine Handelsgeschäfte übertragen und ihm ausdrücklich Prokura erteilt. Er ließ ihn ins Handelsregister als Prokurist eintragen. G führte daraufhin die Geschäfte des K ohne weitere Zwischenfälle. Am Ende des Jahres entnimmt er auf Grund von Geldschwierigkeiten mehrmals erhebliche Summen aus den Kasseneinnahmen.

Daraufhin teilt K dem G mit, dass er dem G kündige und meldet das Erlöschen der Prokura beim Handelsregister an. Durch die gegenüber G geäußerte Kündigung erlischt die Prokura des G. Eine Löschung aus dem Handelsregister wäre vorliegend zwar nicht erforderlich gewesen. Es wurde damit aber auch der Rechtsschein beseitigt, dass eine Prokura bestehe.

2.3.3 Handlungsvollmacht

Die Handlungsvollmacht ist wie die Prokura eine besondere Art der rechtsgeschäftlichen Vertretungsmacht.

Anders als die Prokura kann die Handlungsvollmacht verschiedenen, jeweils abgesprochenen, Inhalt haben, worauf sich dann die Handlungsvollmacht des Handlungsbevollmächtigten beschränkt.

Eine Handlungsvollmacht

- kann durch einen Kaufmann erteilt werden,
- kann auch ohne ausdrückliche Erklärung bestehen und
- ist nicht ins Handelsregister eintragbar.

2.3.4 Vertretung von Ladenangestellten

Wer in einem Laden oder in einem offenen Warenlager angestellt ist, gilt als ermächtigt zu Verkäufen und Empfangnahmen, die in einem derartigen Laden oder Warenlager gewöhnlich geschehen. Der Geschäftsinhaber lässt sich bei Geschäften in seinem Laden oder seinem Warenlager in der Regel von Hilfspersonen vertreten, die er zu diesem Zweck angestellt hat.

Einem Dritten, der ein Geschäft abschließen will, ist es nicht zumutbar zu ermitteln, ob und in welchem Umfang die Hilfspersonen bevollmächtigt sind.

Beispiel:

K verkauft für X an einem Verkaufsstand auf der Messe Computer. Er ist dazu berechtigt die Computer sofort an die Käufer gegen Kaufpreiszahlung herauszugeben. K gilt vorliegend als Bevollmächtigter des X Verkäufe und Empfangnahmen durchzuführen. Der Stand auf der Messe ist als Verkaufsraum anzusehen, sodass K Ladenangestellter des X ist.

2.4 Selbstständige Hilfspersonen des Kaufmanns

2.4.1 Handelsvertreter

Der Kaufmann braucht sachkundige Vertreter, die ihm abschlussreife oder bereits abgeschlossene Verträge bringen. Der Handelsvertreter vermittelt Geschäfte des Unternehmers mit Dritten.

Handelsvertreter ist gem. § 84 HGB,

wer als selbstständiger Gewerbetreibender ständig damit betraut ist, für einen anderen Unternehmer Geschäfte zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen.

Der Handelsvertreter ist verpflichtet, sich um die Vermittlung oder den Abschluss von Geschäften zu bemühen und muss dabei die Interessen des Unternehmers wahrnehmen. Er hat weiterhin die Pflicht der Benachrichtigung z.B. über Geschäftsabschlüsse sowie die kaufmännische Sorgfaltspflicht zu beachten.

Der Unternehmer hingegen hat gegenüber dem Handelsvertreter eine Treuepflicht und muss diesen bei seiner Arbeit unterstützen.

Der Handelsvertreter erhält für seine Dienste eine Provision.

2.4.2 Handelsmakler

Der Handelsmakler vermittelt Verträge über Gegenstände des Handelsverkehrs ohne ständige Verpflichtung und Betreuung. Er schuldet keiner Vertragspartei die Herbeiführung eines Vertragsabschlusses mit Dritten.

Der Maklervertrag ist daher kein gegenseitiger Vertrag. Lediglich der Auftraggeber verpflichtet sich, dem Makler bei Abschluss des gewünschten Vertrages die Provision zu zahlen.

Die bekanntesten Makler sind die Börsenmakler und Versicherungsmakler.

Handelsmakler ist gem. § 93 HGB,

wer gewerbsmäßig für andere Personen, ohne von ihnen auf Grund eines Vertragsverhältnisses ständig damit betraut zu sein, die Vermittlung von Verträgen über Anschaffung oder Veräußerung von Waren oder Wertpapieren, über Versicherungen, Güterbeförderungen, Schiffsmiete oder sonstige Gegenstände des Handelsverkehrs übernimmt.

Der Anspruch auf Abschlussprovision setzt voraus, dass ein Vertrag zwischen den Parteien zu Stande gekommen ist und dass die Tätigkeit des Maklers dazu beigetragen hat.

2.5 Handelsregister

Das Handelsregister ist ein öffentliches Verzeichnis von Tatsachen, die für den Handelsverkehr wichtig sind. Im Gegensatz zum Grundbuch hat jeder die Möglichkeit, darin Einblick zu nehmen. Jeder kann sich also im Handelsregister über seinen Geschäftspartner informieren und sich auf die darin eingetragenen Tatsachen stützen.

Das Handelsregister wird von dem Amtsgericht, in dessen Bezirk das kaufmännische Unternehmen seinen Sitz hat, geführt. Eintragungen werden grundsätzlich nur vorgenommen, wenn diese beantragt werden.

Man unterscheidet:

- **eintragungspflichtige** Tatsachen
- **eintragungsmögliche** Tatsachen

Von einer eintragungspflichtigen Tatsache spricht man, wenn der Kaufmann gesetzlich verpflichtet ist, seine Daten zur Eintragung anzumelden. Wird dieser Pflicht nicht nachgekommen, so wird das Registergericht den zur Anmeldung Verpflichteten durch Festsetzung eines Zwangsgeldes dazu anhalten. Eintragungsmöglich ist eine Tatsache, die in das Handelsregister eingetragen werden kann, ohne dass eine Verpflichtung zur Anmeldung besteht.

Die Eintragung im Handelsregister hat eine

- **rechtsbeurkundende** (klarstellende bzw. deklaratorische) oder
- **rechtsbegründende** (konstitutive) Wirkung.

Rechtsbeurkundende Wirkung haben Eintragungen, die die Vorgänge des Rechtsverkehrs lediglich beurkunden.

Hierher gehören:

- die Eintragung des Istkaufmanns,
- die Eintragung der Firma,
- das Erteilen und Erlöschen der Prokura,
- die Entstehung und Änderung einer Handelsgesellschaft (wobei die Gesellschaft erst mit Eintragung im Verhältnis zu Dritten wirksam wird),
- die Auflösung einer Handelsgesellschaft bzw. Änderung im Gesellschafterbestand
- etc.

Rechtsbegründende Wirkung haben Eintragungen, wenn erst durch die Registereintragung eine rechtlich relevante Tatsache begründet wird. So wird z.B. die Kaufmannseigenschaft des **Kannkaufmanns** erst durch Eintragung begründet.

2.6 Allgemeine Regeln für Handelsgeschäfte

2.6.1 Handelsgeschäft

Handelsgeschäfte sind alle Geschäfte eines Kaufmanns, die zum Betrieb seines Handelsgewerbes gehören, 343 HGB.

Beispiel:

Verkauft ein Computerhändler einem Dritten, der nicht Kaufmann sein muss, einen Computer, so hat er damit ein Handelsgeschäft getätigt.

Das Handelsrecht ist also dann anwendbar, wenn an einem rechtsgeschäftlichen Vorgang mindestens ein Kaufmann beteiligt ist. Nur gewisse Sondervorschriften setzen die Beteiligung von zwei Kaufleuten und den Betrieb eines Handelsgewerbes auf beiden Seiten voraus.

Ein Geschäft i.S. des § 343 HGB ist jedes Verhalten, an das Rechtsfolgen geknüpft sind. Das Rechtsgeschäft muss im Bereich eines Handelsgewerbes getätigt worden sein. Dabei kann es sich aber auch um ein gewöhnliches Geschäft handeln. Hauptsache ist, dass das Geschäft dem Interesse des Handelsgewerbes entspricht.

Beispiel:

Kauft der Computerhändler Aktien, wird darin ein Handelsgeschäft vermutet. Stiftet der Computerhändler einen Computer für einen wohltätigen Zweck, so ist diese Schenkung ebenfalls ein Handelsgeschäft.

Nur die Geschäfte eines Kaufmanns, die eindeutig seinen privaten Angelegenheiten zuzurechnen sind, scheiden aus.

Beispiel:

Der Computerhändler kauft für seine bevorstehende Hochzeit Ringe bei Cartier.

2.6.2 Erwerb vom Nichtberechtigten

Veräußert oder verpfändet ein Kaufmann im Betrieb seines Handelsgewerbes eine ihm nicht gehörige bewegliche Sache, so finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, auch dann Anwendung, wenn der gute Glaube des Erwerbers die Befugnis des Veräußerers oder Verpfänders, über die Sache für den Eigentümer zu verfügen, betrifft, § 366 HGB.

Diese schwierige gesetzliche Regelung, die typischerweise für Handelsgeschäfte gilt, wird am besten anhand von zwei Beispielen erklärt.

Beispiel:

Computerfreak Anton besucht den Hacker Hubert und bewundert dessen neues mobiles Festplattenlaufwerk. Hubert hat seinen guten Tag und verleiht das Laufwerk zum Ausprobieren für eine Woche an Anton. Am nächsten Morgen ergeben sich auf dem Schulhof folgende zwei Situationen:

- (1) Anton geht zum Mitschüler Rüdiger und bietet ihm das Laufwerk zum Kauf an. Er erzählt, er habe das Laufwerk zu Weihnachten geschenkt bekommen, könne

es aber nicht gebrauchen. Rüdiger zahlt 100,- € und geht mit dem Laufwerk nach Hause. Hubert entdeckt sein Laufwerk dort und möchte es wieder haben.

- (2) Anton erzählt Rüdiger, er habe den Auftrag und die Befugnis von Hubert, das Laufwerk für diesen zu verkaufen. Die 100,- Euro steckt er nach Erhalt natürlich selbst ein.

Nach allgemeinem Zivilrecht kann Hubert nur im ersten Fall sein Laufwerk nicht zurückverlangen. Dort wird der gute Glaube des Rüdigers an das Eigentum des Anton geschützt. Der Schutz geht aber nicht soweit, dass Rüdiger auf eine Verfügungsbefugnis vertrauen darf. Daher kann Hubert im zweiten Fall das Laufwerk zurückfordern.

Ganz anders stellt sich die Lage nach Handelsrecht dar. Ein Kaufmann verkauft häufig für einen Dritten eine Ware. Hier darf der Rechtsverkehr auch auf eine (angebliche) Verfügungsbefugnis vertrauen:

Beispiel:

Frau Bolte erwirbt bei dem Computerhändler Bertram einen teuren Computer, der jedoch dem Computerhändler Gustav gehört. Bertram teilt Bolte wahrheitswidrig mit, er habe die Befugnis von Gustav, für diesen den Computer zu verkaufen. Frau Bolte weiß somit, dass der Computer im Eigentum des Computerhändlers Gustav steht. Jedoch glaubt sie an die Verfügungsbefugnis des Bertram. Und da Bertram ein Kaufmann ist, darf sie das auch. Frau Bolte ist schützenswert und hat den Computer rechtmäßig erworben. Der Computerhändler Gustav muss seine Ansprüche gegen den Computerhändler Bertram geltend machen. Gegen Bolte kann er nicht vorgehen.

2.6.3 Kontokorrent

Unter Kontokorrent ist ein laufendes Konto zu verstehen, auf das alle Forderungen eines Geschäftspartners gutgeschrieben und am Ende einer Rechnungsperiode saldiert werden. Das Kontokorrent reduziert damit eine Mehrzahl gegenseitiger Ansprüche auf eine einzige Schuld bzw. Forderung.

Häufigster Fall ist das Bankkontokorrent.

Steht jemand mit einem Kaufmann derart in Geschäftsverbindungen, dass die aus der Verbindung entspringenden beiderseitigen Ansprüche und Leistungen nebst Zinsen in Rechnung gestellt und in regelmäßigen Zeitabschnitten durch Verrechnung und Feststellung des für den einen oder anderen Teil sich ergebenden Überschusses ausgeglichen werden, so kann derjenige welchem bei Rechnungsabschluss ein Überschuss gebührt, von dem Tage des Abschlusses an Zinsen von dem Überschuss verlangen, auch soweit in der Rechnung Zinsen enthalten sind.

2.6.4 Zurückbehaltungsrecht (nur bei beiderseitigen Handelsgeschäften)

Das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht des § 273 BGB gibt dem Schuldner das Recht, seine Leistung so lange zu verweigern, bis er die ihm zustehende Leistung erhalten hat.

Im Handelsverkehr wird aber ständig Kredit gewährt, Forderungen werden nicht sofort beglichen. Der Gläubiger einer Geldforderung gelangt im Gegenzug oft in den Besitz von Waren oder Wertpapieren, die dem Schuldner gehören.

Nach kaufmännischen Gepflogenheiten dienen diese Sachen dem Gläubiger als Sicherheit, ohne dass dazu eine besondere Abrede getroffen wird. Dem trägt 369 HGB Rechnung. Der Gläubiger erhält ein Leistungsverweigerungsrecht und ein daraus folgendes Verwertungsrecht.

Beispiel:

Der Computerhändler verkauft 5 Computer an einen Galeristen. Für eine Vernissage stellt der Galerist dem Computerhändler einige Bilder zur Verfügung. Der Galerist fordert nach Beendigung der Vernissage die Bilder zurück. Der Computerhändler, dessen fällige Forderung bezüglich der Computer noch nicht beglichen wurde, weigert sich, die Bilder zurückzugeben. Er droht, seine Forderung aus dem Verkauf der Bilder zu begleichen.

Der Computerhändler kann sich auf § 369 HGB berufen. Er muss die Bilder nicht herausgeben und darf sie unter bestimmten Voraussetzungen sogar verwerten.

AufgabenAufgabe 1

Was versteht man unter einem Formkaufmann?

Aufgabe 2

Was kennzeichnet den Scheinkaufmann?

Aufgabe 3

Was bedeutet der Begriff „Firma“ und welche Prinzipien gelten für die Bildung und Fortführung einer Firma?

Aufgabe 4

Was unterscheidet einen Handelsvertreter von einem Handelsmakler?

Nach Bearbeitung der Kapitel dieses Lernmoduls sind Sie nun befähigt, die folgende komplexe Aufgabenstellung rechtlich zu durchschauen und richtige Schlussfolgerungen abzuleiten. Die Ausgangssituation stellt sich wie folgt dar:

K betreibt ein Großunternehmen für Computerzubehör. Im Erdgeschoss des Firmengebäudes befinden sich ein kleiner Verkaufsraum und die Lagerräume. Vereinzelt werden dort auch Verkäufe an Privatkunden vorgenommen. Diese Geschäfte wurden bisher über den Angestellten A abgewickelt, der hauptsächlich als Großhandelssachbearbeiter tätig war und sein Büro im oberen Geschoss hatte.

Die Abwicklung geschah in der Regel so, dass auf dem von A ausgestellten Lieferschein ein Vermerk für den Barverkauf angebracht wurde und der Kunde mit diesem Lieferschein zur Kasse ging und bezahlte. Die Kasse befand sich in einem Raum hinter der Telefonzentrale. Anschließend erhielt der Kunde im Verkaufsraum das gesuchte Gerät.

Abweichend von diesem normalen Verlauf nahm A, ohne Geldempfangsvollmacht zu besitzen, in einigen Fällen auch das Geld bei den Kunden entgegen, das er dann an der Kasse ablieferte. Eines Tages kaufte B von A in den Geschäftsräumen des K einen Scanner für 500,- €. Den Kaufpreis zahlte er bar an A. Eine Quittung oder Rechnung erhielt B nicht, wohl aber stellte A einen Lieferschein auf B aus. A behielt diesmal das Geld für sich. K stellt B die gelieferte Ware in Rechnung.

Als B mitteilte, dass er an A schon gezahlt habe, verlangt K dennoch die Zahlung von B mit der Begründung, dass B mit A die strittige Angelegenheit klären möge.

Aufgabe 1

Wie ist die Rechtslage?

Bei der Einschätzung des Sachverhaltes gehen Sie sinnvollerweise von der Beantwortung folgender Fragen aus:

Aufgabe 2

Ist A im Sinne eines Geschäftsbetriebs bevollmächtigt, Geld entgegen zu nehmen?

Aufgabe 3

Konnte B rechtlich gesichert davon ausgehen, dass die Zahlung an A den Kaufvertrag abschließend erfüllt?

Aufgabe 4

Wie kommt K zu seinem Geld?

**Realisierung
Fallbeispiel
„Handelsrecht“**

Lösungen**Lösungsanhang****1 Rechtsgrundlagen des Handelsrechts****Aufgabe 1**

Das Sonderrecht für Kaufleute wurde entwickelt, um einen reibungslosen und klaren Geschäftsverkehr zu schaffen. Dies ergab sich insbesondere aus dem Erfordernis der professionellen Geschäftsabwicklung, dem Umfang und der Komplexität der Geschäfte, der erhöhten Selbstverantwortlichkeit, den besonderen Gepflogenheiten und Gebräuchen im Handelsverkehr, der Notwendigkeit von Rechtsklarheit und Vertrauensschutz, klaren Vertretungsbefugnissen und den Regelungen über Haftungsfragen.

2 Handelsstand**Aufgabe 1**

Formkaufleute sind Handelsgesellschaften, die wie Kaufleute behandelt werden.

Aufgabe 2

Als Scheinkaufleute gelten diejenigen, die nach außen den Anschein der Kaufmannseigenschaft erwecken, aber keine Kaufleute sind.

Aufgabe 3

Die Firma ist der Handelsname des Kaufmanns, unter dem er seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt.

Die Prinzipien der Firmenbildung und Firmenfortführung sind:

- Firmenwahrheit
- Firmeneinheit
- Firmenunterscheidbarkeit
- Firmenbeständigkeit
- Firmenöffentlichkeit

Aufgabe 4

Der Handelsvertreter ist im Gegensatz zum Handelsmakler ständig für einen Unternehmer tätig und muss dabei die Interessen dieses Unternehmers wahrnehmen. Zwischen dem Unternehmer und dem Handelsvertreter besteht z.B. ein Dienstvertrag. Der Maklervertrag ist hingegen kein gegenseitiger Vertrag, aus dem sich eine beiderseitige Verpflichtung für Auftraggeber und Auftragnehmer ergibt. Der Handelsmakler schuldet keiner Vertragspartei die Herbeiführung eines Vertragsabschlusses und ist nicht ständig für eine Vertragspartei tätig.

Fallbeispiel „Handelsrecht“**Aufgabe 1**

Ein Zahlungsanspruch ergibt sich aus dem Kaufvertrag. Danach ist der B verpflichtet, den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und die Sache abzunehmen. B hat dem A das zu zahlende Bargeld übergeben. Damit könnte der Kaufpreisanspruch erloschen sein. Zu prüfen ist allerdings, ob A zur Entgegennahme des Geldes berechtigt war.

Aufgabe 2

Eine ausdrückliche Geldempfangsvollmacht hatte A nicht. Eine Vollmacht zur Entgegennahme des Geldes könnte sich jedoch aus § 54 HGB ergeben. Als Großhandels-sachbearbeiter dürfte dem A zumindest stillschweigend eine Handlungsvollmacht erteilt worden sein, die zur Vornahme aller Geschäfte ermächtigt, die seine Tätigkeit gewöhnlicherweise mit sich bringt. Es gehörte aber nicht zur gewöhnlichen Tätigkeit des A Bargeld entgegenzunehmen. Die Kunden zahlen normalerweise ausschließlich an der Kasse ein.

A könnte gem. § 56 HGB aber dennoch zur Entgegennahme des Geldes berechtigt gelten, wenn sein Arbeitszimmer als Laden anzusehen wäre.

Unter Laden versteht man jedes dem Publikum zugängliche, wenn auch nur vorübergehend benutzte Verkaufslokal. Das Arbeitszimmer von A ist ein solcher Laden, der vorübergehend als Verkaufsraum genutzt wird.

Aufgabe 3

A war mit Wissen des K im Laden tätig, sodass er Ladenangestellter ist, ohne dass seine sonstige Tätigkeit dem entgegenstehen würde. Bei dem Geschäft des A handelt es sich auch um eine Entgegennahme, die in einem derartigen Laden üblich ist.

Zwischen dem Laden und dem Geschäftsabschluss besteht zudem ein örtlicher Zusammenhang. B musste davon ausgehen, dass A zum Verkauf und zur Entgegennahme bevollmächtigt war. B konnte davon ausgehen, dass die Zahlung an A den Kaufpreisanspruch abschließend erfüllt.

Aufgabe 4

K muss sich also rechtlich so behandeln lassen, als hätte A Geldempfangsvollmacht gehabt. Die Kaufpreisforderung des K gegenüber B ist damit erloschen, da B bereits rechtens an A gezahlt hat.

K kann sich ausschließlich an A auf Grund dessen unrechtmäßigen Einbehaltens des Geldes schadlos halten.